

Text Verkleinern Drucken Schliessen

„Bertelsmann schreibt Reden für Ulla Schmidt“

Herr Otto, Lobbyismus ist eigentlich ein alter Hut. Was hat sich an seiner Qualität verändert?

KIMOTTO: Lobbyismus als solcher ist nicht verwerflich und gehört zur Demokratie dazu. Es ist sicherlich auch wünschenswert, dass die Interessen der Wirtschaft ins Parlament getragen werden. Normalerweise findet das über Anhörungsverfahren im Bundestag statt. Die neue Qualität ist, dass von Privatunternehmen bezahlte Mitarbeiter direkt in den Ministerien sitzen und an Gesetzen mitschreiben, die die Unternehmen selbst betreffen. Das grenzt an Korruption und hat mit Lobbyismus nicht mehr viel zu tun.

Was hat Sie besonders aufgeregt?

OTTO: Ein Beispiel: In einem Referat mussten 50 Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren gleichzeitig gemacht werden. Der Referatsleiter hatte aber kein Personal und rief einfach die zuständigen Verbände an, damit die ihm Personal zur Verfügung stellen. Es gibt kaum ein Dax-Unternehmen, das keine Mitarbeiter in Ministerien hat. Wir sind bei unseren Recherchen von 100 ausgegangen, aber der Bundesrechnungshof hat festgestellt, dass es alleine von 2004 bis 2007 über 300 Mitarbeiter waren.

Wer ist treibende Kraft: die Politik oder die Wirtschaft?

OTTO: Eigentlich war das als

Austauschprogramm gedacht.

Die rot-grüne Bundesregierung wollte von der Wirtschaft lernen. Es sind aber nur zwölf Beamte in die Wirtschaft gegangen und hunderte Mitarbeiter von Privatunternehmen in die Ministerien.

Das war also sehr einseitig.

Der Name Bertelsmann zieht sich durch Ihr ganzes Buch.

OTTO: Die Bertelsmann-Stiftung ist in letzter Zeit ja mehrfach in die Kritik geraten, weil sie politische Prozesse beein-

flusst, die später offenbar der Bertelsmann AG nutzen. Wir haben bei unseren Recherchen festgestellt, dass eine Mitarbeiterin der Bertelsmann-Stiftung in herausragender Position im Gesundheitsministerium sitzt und Ulla Schmidt direkt zuarbeitet – sie schreibt unter anderem Reden für die Ministerin.

Wird sich daran etwas ändern?

OTTO: Die Bundesregierung will Richtlinien für Mitarbeiter aus Privatunternehmen festlegen. Grüne und Linke fordern, dass sie ganz verschwinden.

◆ *Sascha Adamek, Kim Otto: „Der gekaufte Staat“, KiWi, 18,95 Euro. Lesung heute, 20 Uhr, „Buchladen Eulenspiegel“, Bielefeld.*

© 2008 Neue Westfälische
Bielefelder Tageblatt (MW), Dienstag 29. April 2008

Artikel speichern mit rechter Maustaste -> Bild/Grafik speichern unter...